

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

bm:uk

XXIV. GP.-NR

9333 /AB

- 7. Dez. 2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

zu 9453 /J

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0236-III/4a/2011

Wien, 7. Dezember 2011

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9453/J-NR/2011 betreffend „Protest gegen Kürzungen von Werteinheiten an der HTL Hollabrunn!“, die die Abg. Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen am 12. Oktober 2011 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Die Situation an den technisch-gewerblichen Schulen in Niederösterreich ist dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur bekannt, da ein ständiger Austausch von ressourcenrelevanten Informationen im Sinne eines laufenden Controllings zwischen allen Landesschulräten und der Zentralstelle besteht. Gerade aus diesem Dialog wurden mit dem Landesschulrat für Niederösterreich gemeinsame Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt, die nicht nur an der HTL Hollabrunn, sondern auch an allen übrigen HTLs jedenfalls lückenlos den lehrplanmäßig vorgesehenen Pflichtunterricht und ein angemessenes Ausmaß an Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen sicherstellen. Es kann von einem für alle Beteiligten reibungslosen Unterrichtsbetrieb ausgegangen werden. Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass auch in den kommenden Schuljahren eine, einem friktionsfreien Unterrichtsbetrieb entsprechende Situation erreicht wird.

Zu Fragen 4, 5 und 7:

Die Anstellungssituation von Lehrenden an HTLs in Österreich ist derzeit kein Problem. Der laufende Datenabgleich im Rahmen einer ständigen Arbeitsgruppe mit allen Landesschulräten zum Thema Bundeslehrkräftebedarf dient der Sicherung einer möglichst aussagekräftigen Basis für die gemeinsame Festlegung von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen. Zu den kurzfristigen Maßnahmen bei Mangelerscheinungen in einzelnen Gegenständen und Regionen zählen vor allem eine Abdeckung des Bedarfs mit Mehrdienstleistungen und andere dienstrechtlich vorgesehene Maßnahmen. Etwa wird auf die „Dienstrechtsnovelle 2010“ (im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2011) hingewiesen, wodurch Lehrende der Fachtheorie und Fachpraxis unter Beibehaltung ihrer Ausbildungsqualität leichter aufgenommen, Aufnahmebedingungen nachbringen und flexibler von der Fachpraxis in die Fachtheorie wechseln können.

Eine weitere kurz- und mittelfristige Maßnahme ist die Gewinnung von interessierten Fachexpertinnen und Fachexperten aus anderen Berufsfeldern für den Lehrberuf. Zur Unterstützung eines Berufsumstiegs in den Lehrberuf werden seit dem Schuljahr 2010/11 Informationsstellen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger an den Landesschulräten bzw. dem Stadtschulrat für Wien eingerichtet. In weiterer Folge wird nun ein elektronisch gestütztes Anmelde- und

Erfassungssystem für zukünftige Lehrende versuchsweise installiert. Dadurch können Interessenten mit guten Qualifikationen, die vorerst als Fachlehrende in einem Landesschulrat abgewiesen werden, in anderen Verwaltungsbereichen vorgemerkt und aufgenommen werden. Der Lehrkräftearbeitsmarkt in diesen Bereichen wird ein Österreich weiter – und es wird auf alle Bewerberinnen und Bewerber zurückgegriffen, die nur möglich sind. Weitere Maßnahmen werden fortgesetzt.

Auch die Hinweise, dass Naturwissenschafts- und Technikstudien gute Arbeitsmöglichkeiten bieten, haben zu einem Anstieg von Studierenden im Naturwissenschaftsbereich geführt. Eine Reform der PädagogInnenbildung wird ebenfalls neue Möglichkeiten eröffnen. Im Konzept der PädagogInnenbildung Neu ist die berufsbegleitende Professionalisierung mit vertiefendem und erweiterndem Kompetenzerwerb zentraler Kern eines angestrebten Professionalisierungskontinuums. Berufsbegleitende Studienangebote auch bei nicht-pädagogischen Vorbildungen sollen insbesondere den Zugang zu pädagogischen Arbeitsbereichen aus anderen Berufsfeldern ermöglichen. Bemerkt wird ferner, dass die Lehramtsausbildung im Bereich der Berufsbildung traditionell aus systemischen Gründen auf einem Modell für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger beruht.

Im Zuge der Diskussionen zur Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechtes der Lehrerinnen und Lehrer spielt die Frage der Attraktivität nicht nur generell, sondern auch für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit Berufspraxis eine besondere Rolle. Mittel- und langfristig geht es um die Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs im Gesamten.

Durch die aufgezeigten Maßnahmen wird die Ausbildung an den HTLs auch in Zukunft gesichert sein. Die Einstiegs- und Höherqualifikationen für Lehrende werden fachgerechter, flexibler und eröffnen auch in angrenzenden Fächern neue Möglichkeiten.

Zu Frage 6:

Zunächst wird bemerkt, dass die Frage nach der Anzahl der Lehrkräfte im Hinblick auf eine effiziente Personalbewirtschaftung zwar eine Rolle spielt, jedoch die konkret frei werdenden bzw. abzudeckenden Kapazitäten an Unterricht im Vordergrund steht. Dazu ist anzuführen, dass auf Grund der beträchtlichen Anzahl von Gegenständen verursacht durch die Schulformenvielfalt an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen eine vollständige Erfassung entsprechend der Fragestellungen mit einem nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand verbunden sein würde, die auch durch die mehrfache Verwendung von Lehrkräften in unterschiedlichen Gegenständen letztlich trotz höchstem Aufwand kein aussagekräftiges Bild entstehen ließe. Es wird daher aufgrund des damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwandes um Verständnis ersucht, dass davon Abstand genommen wird.

In den leichter kategorisierbaren allgemein bildenden Fächern sind beispielsweise im Schuljahr 2010/11 an den HTLs in Niederösterreich 119 Lehrkräfte in Mathematik im Einsatz gewesen, die zusammen ein Durchschnittsalter von 45,1 Jahren aufweisen. 7 Personen davon sind älter als 55 Jahre. Daraus Pensionsprognosen, insbesondere auf der Ebene jeder einzelnen Schule abzuleiten, ist auf Grund der stark individuellen Entscheidung sehr schwierig und kann eigentlich nur für jeden Einzelfall allein, nicht jedoch im Wege einer Analyse von statistischen Daten beantwortet werden. Letztlich anzuführen ist, dass die Prognoseunsicherheit ebenso durch die anstehenden Änderungen im Pensionssystem (erschwerter Inanspruchnahme der Pensionierung auf Grund langer Versicherungszeiten nach 2013) erhöht wird.

Die Bundesministerin:

